



Die Woche im Bundestag • Die Woche im Bundestag • Die Woche im Bundestag • Die Woche im Bundestag • Die Woche im Bundestag • Die

Die politische Lage in Deutschland

Wichtige Weichenstellungen für die Zukunft Koalition beweist Handlungsfähigkeit

Gute Entscheidung für Arbeitsuchende – Durchbruch bei der Jobcenter-Neuorganisation: Nach langen Verhandlungen haben wir am vergangenen Wochenende einen Durchbruch bei der Neuorganisation der Aufgabenwahrnehmung im SGB II erreicht. Die interfraktionelle Bund-Länder-Arbeitsgruppe hat ein Ergebnis erarbeitet, das die bisherige erfolgreiche Arbeitsvermittlung aus einer Hand in eine verfassungsgemäße Form überführt. Damit setzen wir das Urteil des Bundesverfassungsgerichts um, das die bisherige Regelung als mit dem Grundgesetz unvereinbar verworfen hatte. Nach unseren Vorstellungen sollen Bund und Länder weiter in einer gemeinsamen Einrichtung, den Jobcentern, zusammenwirken. Allerdings werden wir dafür keine eigene neue Behörde schaffen, wie die SPD dies etwa in Form eines Bundessozialamtes vorhatte. Wir sind damit unserer bisherigen Haltung treu geblieben. Die Zuständigkeiten der Geschäftsführung und der Trägerversammlung sind klar geregelt. Komplizierte Abstimmungsprozesse werden mit der Neuordnung künftig vermieden. Auch für die Optionskommunen haben wir eine Einigung erzielt. Für ihren Erhalt hatten wir uns immer stark gemacht. Jetzt werden die 69 bestehenden Optionskommunen entfristet. Zusätzlich können bis zu 41 weitere Gemeinden oder Gemeindeverbände die Zulassung für die Option erhalten. Die notwendige Grundgesetzänderung beschränkt sich in einem neuen Artikel 91 e GG auf die wesentlichen Aussagen zur verfassungsmäßigen Absicherung der Mischverwaltung in gemeinsamen Einrichtungen und der Möglichkeit der eigenverantwortlichen Aufgabenwahrnehmung im Ausnahmefallmodell der Option. Insgesamt können wir bei diesem Ergebnis feststellen: Unser Widerstand in der letzten Legislaturperiode gegen die zentralistischen Vorstellungen der SPD hat sich gelohnt.

Sitzung des Europäischen Rats – Entscheidungen für die Zukunft: Am Donnerstag hat die Bundeskanzlerin eine Regierungserklärung zum bevorstehenden Europäischen Rat in Brüssel abgegeben. Ein Schwerpunkt des Rates liegt auf der neuen europäischen Strategie für Wachstum und Beschäftigung, die die bisherige Lissabon Strategie ablöst. Der Europäische Rat soll sich hierzu auf Eckpunkte einigen. Des Weiteren wird eine Einigung auf eine begrenzte Anzahl von EU-Zielen angestrebt, die später in nationale Zielvorgaben übertragen werden sollen. Der Europäische Rat wird zusätzlich eine Bilanz der bisherigen Bemühungen der EU und ihrer Mitgliedstaaten zur Bewältigung der Wirtschaftskrise ziehen. Dabei werden die Themen Finanzaufsicht und Finanzmarkt-

regulierung besonders berücksichtigt. Im Übrigen dient die Ratstagung auch der Vorbereitung auf den im Juni in Kanada stattfindenden G20 Gipfel. In Sachen Klimaschutz wird der Rat über die Lehren aus der Klimakonferenz in Kopenhagen und über entsprechende weitergehende Maßnahmen beraten.

Bankenabgabe – Vorsorge statt Nachsehen: Ein weiteres wichtiges Thema war die Verantwortung der Banken für die Krise. Wir wollen, dass Geldinstitute in Zukunft nicht mehr auf Kosten des Steuerzahlers „zocken“ können. Banken müssen künftig Vorsorge treffen, damit sie selbst zahlen, wenn es schwierig wird. Wir wollen deshalb eine Bankenabgabe einführen. Zur Größenordnung lässt sich derzeit noch nicht viel sagen. Sicher ist aber, dass Banken mit höheren systemischen Risiko – die also eigene Verbriefungen haben oder Handel treiben – mehr zur Kasse gebeten werden als beispielsweise Volksbanken und Sparkassen, die ja für die systemischen Risiken nicht verantwortlich sind.

Gorleben-Untersuchungsausschuss – Aufklärung vor Spektakel: Aus niedersächsischer Sicht war in dieser Woche die Einsetzung des Gorleben-Untersuchungsausschusses von ganz besonderer Bedeutung. Vor dem Hintergrund unseres besonderen Interesses in dieser Angelegenheit entsenden wir gleich drei Landesgruppenmitglieder in diesen Untersuchungsausschuss. Dr. Maria Flachsbarth wird als unsere Energieexpertin diesen Ausschuss leiten. Reinhard Grindel wird als Obmann der Fraktion unsere Vorgehensweise dort koordinieren. Natürlich wird mit Eckhard Pols auch der betroffene Wahlkreisabgeordnete dem Ausschuss angehören. Im Bedarfsfall wird zudem Dr. Mathias Middelberg als stellvertretendes Mitglied unseren Einfluss in diesem Gremium stärken. Gegenstand der Untersuchungen ist ein schwerwiegender Vorwurf gegen eine Entscheidung der Regierung Kohl/Genscher aus dem Jahr 1983. Damals wurde entschieden, ausschließlich den Salzstock Gorleben als mögliches Endlager für radioaktive Abfälle untertätig zu erkunden. Der Vorwurf, dass dabei Manipulationen stattgefunden haben, wurde wie zufällig wenige Wochen vor der Bundestagswahl 2009 durch den damaligen Bundesumweltminister Gabriel erhoben. Wir werden uns mit diesem Vorwurf befassen. Sollte es wirklich Verfehlungen gegeben haben, werden wir sie aufklären. Wir werden aber nicht zulassen, dass die Opposition diesen Ausschuss benutzt, um ein Spektakel zu veranstalten. Sie muss ihrem eigenen Anspruch nach Aufklärung gerecht zu werden.

Die Woche im Parlament

Bundeskanzlerin Angela Merkel hat in dieser Woche eine **Regierungserklärung** zum bevorstehenden **Europäischen Rat am 25./26. März 2010 in Brüssel** abgegeben. Der Europäische Rat wird sich vorwiegend mit der neuen europäischen Strategie für Wachstum und Beschäftigung (Europa 2020) sowie mit Überlegungen zu Konsequenzen und Maßnahmen im Anschluss an die Klimakonferenz von Kopenhagen im Dezember 2009 beschäftigen. Außerdem soll eine Bilanz der bisherigen Bemühungen der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten zur Bewältigung der Wirtschaftskrise gezogen werden.

Weiterhin stand die **Wahl des Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages** an. Wir gratulieren Hellmut Königshaus zur überzeugenden Wahl und wünschen ihm für seine wichtige Aufgabe zum Wohle der Soldaten alles erdenklich Gute.

Die Bundesregierung stellte uns den **Jahresabrüstungsbericht 2009** vor, in dem traditionell Bilanz der Abrüstung und Rüstungskontrolle des vergangenen Jahres gezogen wird. Mit dem Antrag **Deutschland muss deutliche Zeichen für eine Welt frei von Atomwaffen setzen** der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, FDP und Bündnis90/Die Grünen fordern wir die Bundesregierung auf, weiterhin mit großem Engagement für allgemeine und weltweite Abrüstung einzutreten. Wir fordern für dieses Ziel eine neue Dynamik bei Rüstungskontroll- und Abrüstungsvereinbarungen.

In 1. Lesung stand das **Gesetz zur Änderung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes** an. Mit ihm soll die im Koalitionsvertrag vereinbarte Senkung der Überförderung der Photovoltaik umgesetzt werden. Freiflächenanlagen sollen künftig vor allem auf wirtschaftlichen und militärischen Konversionsflächen entstehen. Nutzungskonkurrenzen mit der Nahrungsproduktion werden damit verhindert. Um den weiteren Ausbau der Photovoltaik zu ermöglichen, wird das Ausbauziel verdoppelt.

Der **Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen und die Verwendung von Biozidprodukten** soll eine entsprechende bereits bestehende EG-Richtlinie ablösen. Wir verfolgen das Ziel, die Biozidgesetzgebung den neuesten politischen Entwicklungen anzupassen. Schwächen und Probleme der geltenden Regelungen sollen beseitigt sowie Wirkstoff- und Zulassungsverfahren vereinfacht und harmonisiert werden. Der Vorschlag wird in seiner jetzigen Ausgestaltung der beschriebenen Zielsetzung nicht vollumfänglich gerecht. Die Koalitionsfraktionen werden mit einem Entschließungsantrag Nachbesserungen fordern. Dies betrifft das gemeinschaftliche Zulassungsverfahren und den Bereich der Ausschlusskriterien.

Unser Antrag **Menschenrechte weltweit schützen** benennt zentrale Handlungsfelder bzw. Forderungen unserer Menschenrechtspolitik. So fordern wir u.a. die weltweite Abschaffung von Todesstrafe und Folter, die Bekämpfung von Sklaverei, Ausbeutung und Menschenhandel (Zwangsprostitution), den Schutz von Frauen (Zwangsheirat, Genitalverstümmelung, Ehrenmorde etc.) und Kindern (Kinderarbeit, Kindersoldaten) sowie den Schutz vor Diskriminierung. Weiter fordern wir die Durchsetzung der Religionsfreiheit. Dabei stellen wir fest, dass insbesondere Christen von religiös motivierter Verfolgung betroffen sind.

Unser Antrag **Haiti eine langfristige Wiederaufbauperspektive geben** zielt darauf ab, das Engagement der Vereinten Nationen in dem von schweren Erdbeben gebeutelten Land zu stärken. Haiti braucht dringend selbsttragende

Sicherheitsstrukturen. Dabei ist es wichtig, dass humanitäre Soforthilfe, Nothilfe, Wiederaufbau und nachhaltige Entwicklungszusammenarbeit nahtlos in einander greifen. Wir müssen beim Wiederaufbau eine tragfähigere Situation als vor dem Erdbeben erreichen. Dazu sieht der Antrag die Wiederherstellung der Infrastruktur, die Grundlegung eines funktionierenden Staatswesens, den Ausbau der Katastrophenvorsorge sowie eine langfristigen Ernährungssicherung vor. Damit unterstützen wir die Bundesregierung mit Blick auf die internationale Wiederaufbaukonferenz am 31. März 2010 in New York.

Daten und Fakten

Deutscher Arbeitsmarkt weiterhin stabil: Trotz der weltweit schwersten Wirtschaftskrise seit dem Zweiten Weltkrieg ist in Deutschland kein bedeutender Anstieg der Arbeitslosigkeit zu erwarten. Wie keinem anderen Industrieland ist es der Bundesrepublik gelungen, ein Durchschlagen der Krise auf den Arbeitsmarkt zu vermeiden. Diese Entwicklung setzt sich fort: Auch für das laufende Jahr rechnen die Experten nur mit einem moderaten Anstieg der Erwerbslosenzahlen um 120.000 auf etwa 3,5 Millionen im Jahresmittel. Für 2011 wird von einem Ende des Beschäftigungsabbaus ausgegangen. Allerdings dürfte bei geringem Wirtschaftswachstum auch der Abbau der Arbeitslosigkeit nicht merklich vorankommen.

(Quelle: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung)

Exportrückgang schwächt sich ab: Der starke Einbruch der deutschen Ausfuhren hat sich im letzten Quartal 2009 deutlich abgeschwächt. Während für das Gesamtjahr ein Rückgang von 17,9 Prozent (auf 808 Mrd. Euro) verzeichnet wurde, fiel der Rückgang im vierten Quartal mit nur 6,4 Prozent deutlich geringer aus. Noch deutlicher wird dieser Trend bei Betrachtung der preisbereinigten Zahlen: Demnach sind die deutschen Ausfuhren über das Gesamtjahr 2009 gerechnet um 16,4 Prozent, im letzten Quartal lediglich um 2,7 Prozent gesunken. Der trotzdem zu verzeichnende Rückgang des Exports im vierten Quartal ist vor allem bei den Ausfuhren in die EU-Mitgliedsstaaten zu verzeichnen (-7,7% auf 132,1 Mrd. Euro), während die Exporte in Nicht-EU-Staaten nur um 4,3% auf 84,6 Mrd. Euro sanken. Wie im Vorjahr waren Frankreich, Italien und die Niederlande die drei wichtigsten Handelspartner innerhalb der EU. Der größte Rückgang entfiel dabei auf die Exporte in die Niederlande (- 14,0%). Die wichtigsten Handelspartner außerhalb der EU waren die Vereinigten Staaten, wohin allerdings im Vergleich zum Vorjahresquartal 13,8% weniger exportiert wurde (auf 14,6 Mrd. Euro). Die Exporte nach China, dem zweitgrößten Handelspartner aus den Drittstaaten, stiegen um 20,1% auf 10,4 Mrd. Euro.

(Quelle: Statistisches Bundesamt)



**Landesgruppe
Niedersachsen**

CDU/CSU FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

Vorsitzender:

Michael Grosse-Brömer MdB

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel.: 030 – 227 79498

Fax: 030 – 227 70139

Email: stefan.krueppel@cducsu.de

Internet: www.lg-nds.de